

1 Tagesordnungspunkt: 9.7

2

3 Antragsteller*innen: Jusos Bochum

4

5 Betreff: Mehr Gleichheit in der Parteienfinanzierung

6

7 Antrag an: den UB Bochum Parteitag

8

9 Der Parteitag möge beschließen:

10 Wir fordern eine Anpassung des Parteiengesetzes, mit dem Ziel, die Bevorzugung der höheren
11 Bevölkerungsklassen in der Parteienfinanzierung zu beenden.

12 Wir fordern insbesondere:

- 13 • ein Verbot von allen Parteispenden, die von Unternehmen, Stiftungen und Vereinen
14 stammen (juristischen Personen).
15 • die Einschränkung von Spenden (inklusive Mitgliedsbeiträgen) durch Privatpersonen
16 auf 2500 Euro jährlich .
17 • Eine Erhöhung der staatlichen Förderungen für jede Wählerstimme und Einnahmen
18 aus Spenden.

19 Begründung:

20 In vielen europäischen Ländern sind Parteispenden durch Unternehmen verboten oder stark
21 beschränkt. In Deutschland sind Spenden durch juristische Personen grundsätzlich erlaubt¹.

22 Das hat reale Folgen. Deutschland erreicht den letzten Platz in Europa für Rauch- und
23 Werbeverbote², während die Tabakindustrie noch heute Geld an die große Parteien spendet³.
24 Es stellt sich die Frage, inwiefern das Geld der Tabakindustrie (wie auch andere) gemeinnützig
25 ist, oder mit versteckten Interessen behaftet.

¹ <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/parteispenden/listen-veroeffentlicht-diese-unternehmen-und-lobbyverbaende-zahlten-geld-an-die-parteien>

² <https://www.n-tv.de/panorama/Deutschland-versagt-bei-Tabakpraevention-article21594216.html>

³ <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/parteispenden/ruestungslobby-immobilienkonzerne-tabakindustrie-von-wem-die-parteien-geld-bekamen>

26 Auch internationale Organisationen wie die "Group of States against corruption" kritisieren
27 die deutsche Parteienfinanzierung, insbesondere wegen mangelnder Transparenz⁴. Wir
28 fordern darum, dass Spenden durch juristische Personen unterbunden werden müssen, wie
29 es schon heute in anderen europäischen Ländern, wie zum Beispiel Frankreich, der Fall ist⁵.

30 Der erste Artikel der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789 nach
31 denfranzösischen Revolution⁶ lautet:

32 "Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede
33 dürfen

34 nur im gemeinen Nutzen begründet sein."

35 Während Einkommens- und Vermögensungleichheit grundsätzlich erlaubt sind, sind sie nur
36 akzeptabel, wenn sie dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Eine ähnliche Vision ist auch in
37 Artikel 14 des Grundgesetzes unter dem bekannten Abschnitt "Eigentum verpflichtet. Sein
38 Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen." verankert.

39 Wir wagen zu bezweifeln, dass diese Legitimation der Ungleichheit auch für die Finanzierung
40 der Politik gilt. 1 Dollar 1 Stimme kann kein demokratisches Prinzip sein. Aber auch ein
41 ungleiches Spielfeld zwischen den Parteien verzerrt die Demokratie. Das extreme Beispiel der
42 US bezeugt, wozu eine ungebremste private Parteienfinanzierung führen kann⁷.

Antrag angenommen

abgelehnt

überwiesen an

⁴ <https://www.coe.int/en/web/portal/-/anti-corruption-group-says-that-germany-still-lags-in-efforts-to-make-party-financing-more-transparent>

⁵ <https://fr.boell.org/de/2022/05/10/parteienfinanzierung-der-preis-der-demokratie-frankreich-deutschland>

⁶ <https://www.conseil-constitutionnel.fr/de/erklaerung-der-menschen-und-buergerrechte-vom-26-august-1789>

⁷ <https://www.bpb.de/themen/nordamerika/usa/311280/die-rolle-von-geld-im-us-wahlkampf/>